

# Keine Hilfe zur Selbsthilfe

EU-Geberkonferenz für Syrien: Berlin gibt Geld nur für bestimmten Teil des Landes. Damaskus weiter daran gehindert, selbst zu unterstützen. **Von Karin Leukefeld**

Die »Brüsseler Geberkonferenz sagt Syriens Rebellen und Nachbarländern Beihilfe in Milliardenhöhe zu« – so titelte der Nachrichtensender Euronews nach der EU-Geberkonferenz für das kriegsgebeutelte Land am vergangenen Donnerstag. 5,6 Milliarden Euro wurden von Vertretern aus 57 Staaten und 30 Organisationen als Hilfe für das Jahr 2023 und teilweise für 2024 zugesagt. Hinzu kommen rund vier Milliarden Euro an Krediten, die internationale Finanzinstitutionen zur Verfügung gestellt haben. Damit werden – umgerechnet auf US-Dollar – praktisch die elf Milliarden Dollar erreicht, die von der UNO und Dutzenden internationaler Hilfsorganisationen für humanitäre Hilfe gefordert wurden.

## »Schulung« unnötig

Größter Einzelgeber ist Deutschland mit 1,054 Milliarden Euro, gefolgt von den USA mit rund 920 Millionen US-Dollar. Berlin hilft in Syrien vor allem im Nordwesten des Landes, der vom Al-Qaida-Ableger Hayat Tahrir Al-Scham kontrolliert wird. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes fließt das Geld in Hilfsprojekte der Deutschen Welthungerhilfe, die in den Provinzen Idlib und Aleppo Lebensmittelgutscheine und Brot verteilt, Bäckereien unterstützt sowie Saatgut, Düngemittel und Werkzeug ausgibt, »damit Syrerinnen die lokale Lebensmittelproduktion wieder selber ein Stück weit ankurbeln können«. Zudem werde eine »kleine Anzahl von Menschen im Gemüseanbau geschult«, heißt es.

Tatsächlich benötigen die Syrer keine »Schulung« im Gemüseanbau. Vor dem Krieg ernährten Bauern und Agrarunternehmen im Land mit Weizen, Obst und Gemüse nicht nur 23 Millionen Syrer, sondern auch die arabische Halbinsel. Während Saatgut und Düngemittel an Menschen in Idlib oder im (türkisch kontrollierten) Umland von Aleppo verteilt werden, wird Syrien aufgrund der einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen der EU daran gehindert, für die



Syriens Bauern haben bis zum Krieg nicht nur das Land, sondern auch die arabische Halbinsel versorgt (Tal Salur, 31.5.2023)

Bauern im Rest des Landes Dünger, Öl für die Wasserpumpen oder auch Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen einzuführen. Unterstützt werden diese Sanktionen auch von der Bundesregierung. Die US-Armee hält derzeit völkerrechtswidrig die syrischen Ölfelder im Nordosten des Landes besetzt, die geplündert und deren Rohstoffe in großen Mengen außer Landes gebracht werden. Um die eigene Bevölkerung zu versorgen, um Elektrizitäts- und Wasserwerke oder auch Fabriken betreiben zu können, ist der syrische Staat gezwungen, durch Mittelsleute – die viel daran verdienen – das syrische Öl teuer zurückzukaufen.

Seit zehn Jahren finden alle Jahre wieder Konferenzen statt, auf denen Geld für die Unterstützung Syriens und für die Nachbarländer gesammelt werden, die syrische Flüchtlinge aufgenommen haben. Nach Geberkonferenzen in Kuwait (2013, 2014, 2015) und London (2016) übernahm schließlich die EU-Kommission das Steuer, um – gemeinsam mit den Vereinten Nationen – auf jährlichen Geberkonferenzen Geld

einzuwerben, mit dem die humanitären Folgen des Syrien-Krieges bewältigt werden sollen.

## Mangel allerorten

Geld – auch als Darlehen/Kredit – wird beispielsweise gebraucht, um in Jordanien das Flüchtlingslager Saatari zu finanzieren, einschließlich der Strom- und Wasserversorgung. Eine unübersichtliche Schar von Nichtregierungsorganisationen braucht Geld, um die Flüchtlinge in den Nachbarländern medizinisch zu versorgen, für die Kinder Unterricht anzubieten oder humanitäre Hilfsgüter zu verteilen. Die Aufnahmeländer (Irak, Türkei, Libanon, Jordanien, Ägypten) erhalten ebenfalls Geld zur Versorgung der eigenen Bevölkerung, damit kein Neid gegenüber den Flüchtlingen aufkommt.

Doch das Geld ist knapp geworden. Geber wie die USA, die Europäische Kommission, Deutschland und Großbritannien stecken in schweren wirtschaftlichen Krisen und geben viele Mittel für

Waffen, Rüstungsgüter und Hilfe aus, die sie (nicht nur, aber vorrangig) an die Ukraine schicken. Das Welternährungsprogramm (WFP) warnte im Vorfeld der Konferenz, einen Teil seiner bisherigen Hilfe für die Menschen in Syrien einstellen zu müssen – unter anderem aufgrund stark erhöhter Nahrungsmittelpreise. Während der Bedarf zwar rapide steige, könne die Finanzierung jedoch schlicht nicht Schritt halten, weshalb man sich genötigt sehe, die zur Verfügung stehenden Ressourcen zu »strecken«. Neue und anhaltende Kriege und Krisen wie in der Ukraine und im Sudan, in Libyen und Afghanistan beschleunigen unterdessen die deutliche Zunahme von Flucht und Vertreibung. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR für das Jahr 2022 sind 110 Millionen Menschen auf der Flucht. 70 Prozent von ihnen leben als Inlandsvertriebene im eigenen Land. Die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien gilt mit 6,5 Millionen weiterhin als besonders hoch, gefolgt von jeweils 5,7 aus der Ukraine und aus Afghanistan.

## Hintergrund Asyl im Libanon

Die Situation für die syrischen Flüchtlinge im Libanon ist seit langem »sehr, sehr schwierig«. Dies erklärte die Sprecherin des UN-Flüchtlingshilfswerks im Land, Lisa Abu Khaled, im Mai gegenüber jW. Die »sehr komplexe« Lage habe sich durch die anhaltende Wirtschaftskrise verschärft, die Konflikte in der Ukraine und im Sudan konkurrieren mit Syrien. Zudem sei eine wachsende Stimmung gegen die syrischen Flüchtlinge zu spüren. 70 Prozent der 5,8 Millionen Libanesen bräuchten humanitäre Unterstützung, so Abu Khaled. 805.000 syrische Flüchtlinge seien beim UNHCR registriert, doch die libanesisische Regierung gehe davon aus, dass sich im Zedernstaat insgesamt 1,5 Millionen aufhielten. Damit wären rund 25 Prozent der Bevölkerung Flüchtlinge, die in der einen oder anderen Weise von Hilfsorganisationen unterstützt werden.

Registrierte Flüchtlingsfamilien mit fünf oder mehr Kindern erhielten vom UNHCR monatlich zwei Millionen Libanesisches Pfund, umgerechnet etwa 25 US-Dollar. Maximal erhielten registrierte Flüchtlinge von UNHCR und Welternährungsprogramm (WFP) zusammen weniger als 80 US-Dollar im Monat. Ohne zusätzliches Einkommen reiche dieses Geld nicht. Die beste Lösung für die syrischen Flüchtlinge sei es, in ihre Heimat zurückzukehren, sagt Abu Khaled. Wenn die Menschen das wollten, arbeite der UNHCR mit den Regierungen in Syrien und im Libanon zusammen, um deren sichere Rückkehr vorzubereiten.

In einer gemeinsamen Erklärung zur jüngsten EU-Geberkonferenz bezeichnen das UNHCR, die UN-Organisationen für Entwicklung (UNDP) und für die Koordination von humanitären Angelegenheiten (OCHA) die Kosten der Krise als »astronomisch«. Den Menschen müsse geholfen werden, gleichzeitig müsse »die Welt ihre Anstrengungen verstärken«. (kl)

## »Situation in Syrien untragbar«

Praktische Hilfe für alle: Internationales Rotes Kreuz erhält weitere Gelder, vor allem auch für Erdbebenopfer

Neben der allgemeinen Zusage zu Geldern für Syrien erhält das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) von der EU eine Überweisung in Höhe von 10,5 Millionen Euro. Die EU-Kommissare Oliver Varhelyi (Nachbarschaft und Erweiterung) und Janez Lenarcic (Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement) teilten bei der Geberkonferenz für das Land am vergangenen Donnerstag mit, diese Summe werde zusätzlich zur laufenden finanziellen Unterstützung der Organisation gegeben. Mit dem Geld soll das IKRK den Zusammenbruch der »kritischen Infrastruktur für die Wasserversorgung« sicherstellen, hieß es. Die einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen verhindern, dass Syrien in der Lage ist, die zivile Infrastruktur selbständig oder gemeinsam mit befreundeten Staaten zu rehabilitieren.

Das IKRK war vor Ort, als am 6. Februar dieses Jahres in Aleppo und Umgebung die Erde bebte. Die Stadt mit ihren hohen Häusern und dicht bebauten Straßen sei hart getroffen worden, erklärte der Leiter des IKRK-Büros in Aleppo, Kakhaber Khasaia, auf schriftliche jW-Anfrage. Mehr als 4.500 Menschen hätten ihr Leben verloren, mehr als 10.400 seien verletzt worden. Das IKRK sei nicht die Quelle dieser Zahlen, konkretisiert Khasaia: »Offiziellen Zahlen zufolge sind in Aleppo-Stadt mehr als 500 Menschen getötet worden, 1.100 wurden verletzt und acht Personen werden weiterhin vermisst.«

Schon vor dem Erdbeben sei die Lage im nördlichen Syrien schwierig gewesen, erinnert der IKRK-Offizielle. Der sich hinziehende Konflikt und der Häuserkampf hätten die Grundversorgung der Bevölkerung fast zum Erliegen gebracht. Die immer schlechter werdende

wirtschaftliche Lage bringe die Menschen an den Rand ihrer Möglichkeiten. Das IKRK arbeite eng mit Freiwilligen des Syrischen Arabischen Roten Halbmonds (SARC) zusammen. Gemeinsam habe man nach dem Erdbeben versucht, Leben zu retten. Alles wurde akribisch notiert: »Wir haben 482.500 Personen medizinisch versorgt, chirurgisches Material für die Behandlung von 16.250 Patienten in Krankenhäusern in Aleppo, Hama und Latakia verteilt.« 982 Betroffene seien psychologisch unterstützt worden. 35.000 Kubikmeter Wasser und 165.000 Wasserflaschen wurden an 20.200 Personen verteilt, listet Khasaia auf. »Wir haben 42 Einrichtungen, zumeist Schulen, so umgebaut, dass 14.697 Personen darin untergebracht werden konnten.« Bis heute verteilen beide Organisationen Matratzen (32.096), Decken (47.063), Pakete mit Lebensmittelkonserven (23.995) und

Pakete mit Hygieneartikeln (58.533).

Nach zwölf Jahren in einem tödlichen bewaffneten Konflikt haben die Menschen Anfang dieses Jahres zusätzlich ein verheerendes Erdbeben erlebt. Um die kritische Lage der Bewohner zu verbessern, müsse sofort gehandelt werden, fordert Khasaia. »Der Preis für Untätigkeit wäre untragbar, vor allem für die Bevölkerung.«

Zum Zeitpunkt der Konferenz in Brüssel lebten ca. 90 Prozent der Syrer unter der Armutsgrenze, erinnerte das IKRK. Die Bevölkerung habe nicht nur die Folgen von Krieg und Erdbeben zu bewältigen, sondern auch eine »galoppierende Inflation, Wirtschaftszession und den Zusammenbruch der öffentlichen Gesundheitsversorgung«. Die »internationale Gemeinschaft« müsse »sich der derzeitigen harten Wirklichkeit stellen«, sagte Fabrizio Carboni, der IKRK-Regionaldirektor für den Nahen

und Mittleren Osten. Man dürfe nicht wegsehen, »der Erhalt der kritischen Infrastruktur muss an erster Stelle stehen«.

Das IKRK arbeitet seit 1967 in Syrien. Die Arbeit basiert auf der IV. Genfer Konvention (1949) sowie der Haager Landkriegsordnung aus dem Jahr 1907. Demnach betrachtet die Organisation die Golanhöhen als besetztes Gebiet. Keine Regierung hat Israels Annexion der syrischen Golanhöhen anerkannt. Neben der Wasser- und Grundversorgung mit Nahrungsmitteln engagiert sich das IKRK auch bei der Beseitigung von Waffen. Es hilft dabei, verschwundene Personen auffindig zu machen und unterstützt bei der Kontaktaufnahme zwischen Gefangenen und ihren Familienangehörigen. Besonderes Augenmerk legt die Organisation auf den Kontakt mit Kindern und Jugendlichen, die keine Zukunftsperspektiven in Flüchtlingslagern haben. **Karin Leukefeld**